Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 602

Donnerstag, 22. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Postanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 941
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 2.30 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Rabattabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Kaysch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung

Dr. Gereke unterrichtet die Presse

Berlin, 22. Dezember. Vor Vertretern der Presse äußerte sich heute mittag Reichskommissar Dr. Gereke über die bisherigen Arbeiten des Reichskommissariats. Er unterstrich noch einmal, daß nicht eine große Behörde aufgezogen werden könne, sondern daß es vielmehr darauf ankomme, allen einzelnen Arbeitsmöglichkeiten nachzuspüren und ein zusätzliches Programm zur öffentlichen Arbeitsbeschaffung mit aller Beschleunigung durchzuführen. Dieses Programm soll eine Ergänzung der von der Reichsregierung schon in Angriff genommenen Maßnahmen sein. Genaue Zahlen über die Mittel, die für diese Aufgaben zur Verfügung stehen, lassen sich im Augenblick noch nicht nennen.

Nach den bisherigen Verhandlungen mit der Reichsbank ist es aber sicher, daß dem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm die Kreditausweitung zur Verfügung stehen wird, die Reichsbankpräsident Dr. Luther in seiner Münchner Rede auf 2,7 Milliarden beziffert hat.

Die Einzelheiten finanzieller Art hofft Dr. Gereke schon in seiner morgigen Rundfunkrede bekanntgeben zu können. Was aber in der Presse darüber veröffentlicht worden sei, eile den Tatsachen voraus. Immerhin ist wohl für das Sofortprogramm mit den 500 Millionen zu rechnen, von denen in der Oeffentlichkeit die Rede war. In der Durchführung der Aufgaben des Kommissariats soll vor allem der

Grundsatz der Dezentralisation

maßgebend sein. Es kommt im wesentlichen darauf an, Kredite unter besonders günstigen Bedingungen bereitzustellen und sie den Trägern der öffentlichen Arbeit zu geben. Das sind also die Gemeinden, Gemeindeverbände, Genossenschaften usw. Sie müssen Anträge stellen, die von dem Kreditausschuß bearbeitet werden. Für die Auszahlung der Beträge kommen in erster Linie die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und die Rentenbankkreditanstalt in Frage. Beide Institute haben auf diesem Gebiete bereits große Erfahrungen. In diesem Zusammenhange betonte Dr. Gereke, daß er nicht die Absicht habe, bewährte Methoden durch neue zu ersetzen, sondern daß es ihm vor allem darauf ankomme, die ganzen Bemühungen zu beschleunigen. Deshalb soll auch der

Instanzenzug für die Kreditgewährung nach Möglichkeit verkürzt

werden. Der Reichskommissar hofft, daß schon im Januar Kredite gegeben werden können und daß also auch im gleichen Monat schon die Aufträge herauskommen können. Bei diesen Aufträgen werden solche Gebiete bevorzugt, auf denen schnell gearbeitet werden kann. Deshalb gehören dazu

die Hausreparaturen.

Die 50 Millionen, die das Reich hierfür bereits zur Verfügung gestellt hatte, sind bereits voll in Anspruch genommen worden. Deshalb wird morgen oder in den nächsten Tagen zunächst der gleiche Betrag noch einmal zur Verfügung gestellt werden. Der Wert dieser Aktion liegt vor allem darin, daß sie das Fünffache der Arbeit schafft, die für 50 Millionen möglich ist, da ja die Hausbesitzer selbst vier Fünftel der gesamten Aufwendungen zu tragen haben. Dr. Gereke rechnet damit, daß die Bemühungen gerade auf diesem Gebiete auch während der Frostperiode gewisse Arbeitsmöglichkeiten schaffen.

Weiter werden in erster Linie solche Arbeiten gefördert werden, die aus Mangel an Mitteln im laufenden Etat zurückgestellt werden müssen. Dazu gehören vor allem

Straßen- und Brückenbauten.

Hier gibt es nach Ansicht des Reichskommissars eine ganze Menge notwendiger Arbeiten, und zwar wird dabei mehr aufzuwenden sein als für die Hausreparaturen. Dem Reichskommissar kommt es darauf an, Fehlinvestitionen zu vermeiden. Deshalb sollen in den nächsten Tagen Richtlinien herauskommen. Sie werden heute im Einvernehmen mit dem Reichsfinanz-, dem Reichswirtschafts- und dem Reichsarbeitsminister ausgearbeitet und wahrscheinlich schon morgen der Oeffentlichkeit übergeben werden. Schließlich betonte Dr. Gereke noch, daß in der Oeffentlichkeit unter keinen Umständen der Eindruck entstehen dürfe, als wenn die Durchführung des öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms sich irgendwie gegen die private Wirtschaft richtet. Im Gegenteil komme sie ihr ja gerade zugute, denn die Aufträge würden doch an die private Unternehmerschaft gegeben.

Weiter erklärte Dr. Gereke, daß die Zahl der Einstellungen auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms selbstverständlich von der Inanspruchnahme der Kredite durch die öffentliche Hand abhängig sei. Ein Ueberblick lasse sich frühestens Anfang nächsten Monats geben, wenn wenigstens ein Teil der Anträge schon vorliege.

Die Bedingungen für die einzelnen Kredite müßten natürlich besonders günstig sein, um eine neue Verschuldung der einzelnen öffentlichen Körperschaften zu vermeiden. Deshalb würden sie sehr erheblich unter den normalen Kreditbedingungen liegen.

Weiter werden sich die Bedingungen für die Kredite danach richten müssen, welcher Art die öffentlichen Arbeiten sind, für die sie in Anspruch genommen werden. So könnten beispielsweise für Straßenarbeiten, die keine Rente erwarten lassen, da man doch schließlich nicht wieder Schlagbäume einführen könne, nicht die gleichen Bedingungen gestellt werden wie für Arbeiten für werbende Unternehmungen, die eine Rente abwerfen werden und eine Verzinsung der Kredite tragen können. Dr. Gereke erläuterte zum Schluß dann noch die Form, in der das Recht der Kreditbewilligung an „lokale Kreditausschüsse" übertragen werden solle. Dies könne naturgemäß nur innerhalb ganz scharf gehaltener Richtlinien geschehen und erfolge vor allem deshalb, um zu vermeiden, daß die Zentrale durch zahllose kleinere Fälle lahmgelegt wird. Dadurch würde die wesentlichste Vorbedingung, die, wie er nur immer wieder betonen könne, die Schnelligkeit sei, stark in Frage gestellt werden. Selbstverständlich behalte sich die zentrale Stelle das Recht vor, alle Anträge nachzuprüfen. Sie werde sogar ein Vetorecht bekommen und die Möglichkeit haben, an einen besonderen Kabinettsausschuß zu appellieren.

Wie unsere Berliner Schriftleitung dazu ergänzend noch drahtet, hat Dr. Gereke aus seiner genauen Kenntnis der Finanzverhältnisse namentlich der Gemeinden durchgesetzt, daß den Gemeinden Kredite zinslos gewährt werden und daß die Tilgung der Kredite in einem möglichst langen Zeitraum erfolgen kann.

Ein Punkt, der bei der Beurteilung der Tätigkeit des Reichskommissars für die Arbeitsbeschaffung von besonderer Bedeutung ist, ist die Tatsache, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Dr. Gereke und dem Reichsbankpräsidenten Dr. Luther nach Dr. Gerekes eigenen Angaben in denkbar bester Form vollzieht. Das ist um so beachtlicher, als man weiß, daß Dr. Luther ein in der Sache sehr scharfer Gegner sein kann.

*

Im Rundfunk spricht Dr. Gereke am Freitag, dem 23. Dezember, von 19.30 bis 20 Uhr über „Die vordringlichsten Aufgaben der Arbeitsbeschaffung". Der Vortrag wird von allen deutschen Sendern übernommen.

Neuer Kampfabschnitt für die NSDAP.

München, 22. Dez. Der Reichspreßchef der NSDAP., Dr. Dietrich, schreibt in der „NSK.", die nationalsozialistische Bewegung sei in einen neuen Kampfabschnitt eingetreten. Der NSDAP. sei es gelungen, im Kampf um die Parlamente das Recht auf die Regierungsführung zu erkämpfen. Durch die Weigerung des Reichspräsidenten, den Führer der NSDAP. mit der von ihm vorgeschlagenen Regierungsbildung zu betrauen, sei der Schwerpunkt des politischen Kampfes in einen neuen Kampfabschnitt auf die Ebene der reinen Machtpolitik verlegt worden. Herr v. Schleicher wisse, daß man national in Deutschland ohne die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung nicht regieren könne, ferner, daß die nationalsozialistische Bewegung ohne die Kanzlerschaft ihres Führers nicht zu haben sei. Daß Herr v. Schleicher aus dieser klaren Erkenntnis dem Reichspräsidenten gegenüber nicht die selbstverständlichen Folgerungen ziehe, das werde das Verhängnis auch seiner Kanzlerschaft sein. Der politische Machtkampf im Volke werde das Feld der Entscheidung sein. Die NSDAP. sei für die neue Kampfepoche seelisch und organisatorisch gerüstet.

*

Berlin, 22. Dez. (Eigene Drahtmeldung.) Ein demokratisches Berliner Mittagsblatt gibt eine Meldung wieder, die allerdings von nationalsozialistischer Seite keine Bestätigung erfährt, wonach zwischen dem Führer der NSDAP., Adolf Hitler, und Gregor Straßer für die Weihnachtsfeiertage auf beiderseitigen Wunsch eine Aussprache vorgesehen sei.

Goerdelers Abschiedsbesuch bei Hindenburg

Berlin, 22. Dez. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute den aus seinem Amte scheidenden Reichskommissar für Preisüberwachung, Oberbürgermeister Dr. Goerdeler. Er sprach bei dieser Gelegenheit Dr. Goerdeler seinen Dank für die im Amte des Reichskommissars für Preisüberwachung dem Reich geleisteten Dienste aus.

In Berlin 200 Amnestierte freigelassen

Berlin, 22. Dez. Ueber die Durchführung der Amnestie erfahren wir aus Kreisen des preußischen Justizministeriums, daß, wie bereits gestern amtlich mitgeteilt worden ist, die Entlassungen mit größter Beschleunigung erfolgen. In Berlin sind bis heute mittag 12 Uhr bereits 200 Entlassungen vorgenommen worden. Bei der Staatsanwaltschaft I in Berlin sind alle Entlassungsverfügungen für politische Strafgefangene bereits herausgegangen. Es ist auch von den Strafvollzugsämtern in enger Zusammenarbeit mit den Fürsorgeverbänden Vorsorge getroffen worden, daß die jetzt zur Entlassung kommenden nicht auf der Straße liegen. Im Zusammenhang mit der Amnestie ist in der Oeffentlichkeit auch die Frage erörtert worden, ob auch Devisenvergehen unter die Amnestie fallen. Dies kommt, wie wir dazu aus leitenden Kreisen des Reichsjustizministeriums erfahren, auf keinen Fall in Frage.

Die Wühlarbeit der Kommunisten

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Dez. Die Mitteilungen über planmäßige Unruheaktionen der KPD., die in den Weihnachtstagen einen gewissen Höhepunkt in großen Demonstrationen finden sollen, erfahren jetzt eine Ergänzung durch Angaben, die sich in der neuesten Nummer der kommunistischen Zeitung „Der Funke" finden. Danach ist zu den Feiertagen auch geplant, einen Hungermarsch aus allen Teilen des Reiches nach Berlin durchzuführen. Das kommunistische Blatt stellt ausdrücklich fest, daß „für Weihnachten verabredet ist, aus allen Teilen des Reiches einen Hungermarsch nach Berlin zu unternehmen". Nach den Angaben des kommunistischen Organs sollen Tausende von Beteiligten bereits in Berlin eingetroffen sein. Sehr bemerkenswert und eine weitere Bestätigung dafür, daß die Plünderungen von Geschäften von der KPD. angezettelt werden, ist der Satz, daß es kein Wunder sei, wenn es bei einem solchen Hungermarsch zu Geschäftsplünderungen und Ueberfällen komme. Auch die weitere Angabe des Blattes: „Wir wollen an der Organisierung dieser Empörung arbeiten", ist angesichts der planmäßig durchgeführten Plünderungen von besonderem Interesse und sollte vor allem die Polizeibehörden veranlassen, dem kommunistischen Treiben weit nachdrücklicher, als es bisher geschehen ist, entgegenzutreten.

18 000 Arbeitslose mehr in Berlin

Berlin, 22. Dez. In der Reichshauptstadt hat die winterliche Belastung des Arbeitsmarktes in der ersten Dezemberhälfte (1. bis 15. Dezember) zugenommen. Der Zugang an Arbeitsuchenden betrug in Berlin 17 897, die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden erhöhte sich auf 646 907. An Unterstützungsbeziehern wurden in der Arbeitslosenversicherung 75 471 und in der Krisenfürsorge 148 411 gezählt. An Wohlfahrtserwerbslosen hat die Reichshauptstadt 244 730 Personen zu betreuen.

Großfeuer im Weißenfelser Schloß

Eigenbericht der „Dresdner Nachrichten"

Weißenfels, 22. Dez. In der Nacht zum Donnerstag brach in dem alten Weißenfelser Schloß, in dem jetzt das Polizeipräsidium des Regierungsbezirks Merseburg untergebracht ist, ein Großfeuer aus, das zunächst nicht bemerkt wurde. Erst in der vierten Morgenstunde sahen von einer Weihnachtsfeier heimkehrende Einwohner, daß aus der Kuppel des Schlosses Qualm emporstieg. Der alarmierten Feuerwehr gelang es gegen 7 Uhr morgens, das Feuer abzulöschen.

Die Kuppel mit dem Kupferdach ist vollständig abgebrannt und eingestürzt. Bei den Löscharbeiten wurden mehrere Feuerwehrleute verletzt.

Man führt die Brandursache auf Kurzschluß zurück. Es wurde bemerkt, daß am Mittwochabend die elektrischen Uhren der Stadt Weißenfels, die mit der Schloßuhr verbunden sind, plötzlich stehenblieben und daß diese Störung dann zum Kurzschluß führte. Das Schloß wurde im Jahre 1600 erbaut und ist unter dem Namen „Neue Augustusburg" bekannt.

Sechs Motorspritzen spritzten aus neun Schlauchleitungen 4½ Stunden lang ungeheure Wassermassen in das Gebäude. Infolgedessen ist der Wasserschaden außerordentlich hoch. Die schwere Kupferkuppel stürzte glücklicherweise in den Hof und nicht auf die benachbarten Seitenflügel, so daß es gelang, diese zu retten. Der Mittelrakt selbst ist vollständig verbrannt.

Japanische Niederlage bei Mukden?

Schanghai, 22. Dez. Aus Mukden werden chinesische, angeblich auch von japanischen Stellen bestätigte Berichte verbreitet, denen zufolge es südlich der Stadt, und zwar zwischen der Mukden—Antung-Eisenbahn und der südmandschurischen Bahn, zu schweren Kämpfen zwischen einem japanischen Bataillon und starken Freiwilligenverbänden gekommen ist. Dabei sind die Japaner umzingelt worden. Ihre Lage wird als kritisch bezeichnet. Der Kommandeur der japanischen Truppen ist im Kampf gefallen.

Drei Schüler in Ostpreußen ertrunken. Auf der noch schwachen Eisdecke eines Sees bei Kirchlainen sind drei Schüler eingebrochen und ertrunken. Die Leichen wurden geborgen.

SLUB
Wir führen Wissen.